

OFFENER BRIEF

An

die Präsidentin des
Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen
als Leiterin der Referendarsausbildung
Am Wall 198
28195 Bremen

den Senator für Justiz und Verfassung
der Freien Hansestadt Bremen
Richtweg 16-22
28195 Bremen

Bremen, den 1. Juli 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin Buse,

sehr geehrter Herr Senator Günthner,

die Bremische Bürgerschaft hat am 19.06.2013 mit den Stimmen der Regierungskoalition aus SPD und Grünen in zweiter Lesung das sog. Besoldungsanpassungsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz führt für alle Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Land Bremen zu einer dauerhaften Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung, zu einer strukturellen Kürzung der Besoldung und für die vielen jungen Kolleginnen und Kollegen zu einer deutlichen Reduzierung ihres Lebenseinkommens. Gemessen an den durchschnittlichen Bruttolöhnen sind die Einkommen unserer Berufsgruppe in den letzten 30 Jahren bereits um mehr als 20 % gesunken bei ständig steigenden Anforderungen. Ein junger Richter bekäme heute 10.000 € pro Jahr mehr, wenn die Richterbesoldung mit der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttolöhne Schritt gehalten hätte. Eine derart heruntergefahrte Besoldung ist unseren für unser Gemeinwesen so wichtigen Ämtern schon seit langem nicht mehr angemessen. Das haben mehrere Verwaltungsgerichte in Deutschland bereits festgestellt. Eine amtsangemessene Besoldung hat Verfassungsrang.

Wir Richter und Staatsanwälte sind entsetzt darüber, wie oberflächlich sich die Gesetzesbegründung zur Frage einer möglichen Verfassungswidrigkeit verhält. Alle vorliegenden Gutachten aus Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Bremen belegen die Unvereinbarkeit der Besoldungsregelung mit der Verfassung. In Bremen hat die Koalition davor schlicht die Augen verschlossen und jeglichen Respekt vor den in der Verfassung verankerten Grundsätzen der Gleichheit vor dem Gesetz und der Pflicht zur amtsangemessenen Alimentation vermissen lassen. Einzig die Vorsitzende des Rechtsausschusses der Bremischen Bürgerschaft, Frau Peters-Rehwinkel, hat durch ihre Enthaltung bei der Abstimmung ein Zeichen gesetzt. Hierfür gebührt ihr unser Respekt!

Die Hast, in der das Gesetz „durchgepeitscht“ worden ist, beruht ersichtlich auf dem Kalkül, dass sich in der bevorstehenden Sommer- und Ferienzeit die Gemüter schon beruhigen werden

und man im August zur Tagesordnung übergehen kann. Diese Rechnung des Senats wird nicht aufgehen. Die Besoldungsentscheidung vom 19.06.2013 und die dissonanten Begleittöne aus den Reihen der Koalition haben einen tiefgreifenden und dauerhaften Schaden verursacht. Wir werden nahezu täglich darauf angesprochen, dass die Richter und Staatsanwälte in diesem Land empört und von ihrer Landesregierung tief enttäuscht sind. Ihren jahrelangen äußerst engagierten Einsatz weit über ihre dienstlichen Pflichten hinaus quittieren die Regierenden in diesem Land mit Gehaltskürzungen. Das wird Folgen haben für den Justizstandort Bremen. Bereits in unserem offenen Brief vom 4. Juni 2013 haben wir darauf hingewiesen und alle Richter und Staatsanwälte unterstützt, die diese strukturelle Gehaltskürzung nicht widerspruchslos hingenommen und ihre Mitwirkung an Prüfungstätigkeiten im Ersten und Zweiten Juristischen Staatsexamen bis auf Weiteres eingestellt haben. Dieser ungewöhnliche Protest der Vertreter der Dritten Gewalt hat von offizieller Seite leider zu keinerlei Reaktion geführt.

Die unterzeichnenden Verbände, die Gewerkschaft ver.di und die Personalvertretungen sehen sich daher veranlasst, nunmehr die Kolleginnen und Kollegen dazu aufzurufen, ihr gesamtes freiwilliges Engagement im Bereich der Justiz und Verwaltung zu hinterfragen. Ein Dienstherr, der es nicht mehr für nötig hält, seine Richter und Staatsanwälte amtsangemessen zu besolden, kann nicht damit rechnen, dass diese Richter und Staatsanwälte neben ihrem Hauptamt weiter bereit sind, in ihrer Freizeit unentgeltlich oder für nur als symbolisch zu bezeichnende Beträge etwa ehrenamtlich Vorträge zu halten, Schulungen durchzuführen, sich in verschiedenen Kommissionen zu engagieren und den juristischen Nachwuchs auszubilden.

Wir bedauern diesen Schritt, weil er zu Lasten der Ausbildung der Studenten und Referendare geht, der wir uns durchaus verpflichtet fühlen. Es gilt allerdings, Zeichen zu setzen gegen die offensichtliche Geringschätzung unserer Arbeit durch die Regierenden in diesem Land. Wie wenig den Verantwortlichen die Arbeit von Richtern und Staatsanwälten in der juristischen Ausbildung wert ist, unterstreichen die allenfalls noch als symbolisch zu bezeichnenden Vergütungen. Der Stundensatz für den Leiter einer Referendarsarbeitsgemeinschaft beträgt 17,90 €, die Korrektur einer Klausur im ersten Staatsexamen wird mit 5,11 €/Stunde belohnt. Eine offene Diskussion über die beklagenswert niedrigen Vergütungen für Ausbildungs- und Prüfungstätigkeiten wäre ein erster Schritt auf Richter und Staatsanwälte zu.

Wir erwarten, dass die Regierungskoalition zu einer amtsangemessenen Besoldung der Richter und Staatsanwälte zurückkehrt und das Gesetz nachbessert, indem das Tarifergebnis für alle Besoldungsgruppen übernommen wird.

Vom Senator für Justiz und Verfassung, der das Gesetz mit einer bemerkenswert oberflächlichen Stellungnahme unterstützt und ansonsten in der ganzen Diskussion geschwiegen hat, erwarten wir ein deutliches Signal der Anerkennung der Leistungen der Richter und Staatsanwälte im Land Bremen. Es ist Sache des Senats, wieder auf die Richter und Staatsanwälte in diesem Land zuzugehen.

Dr. Andreas Helberg
Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte
Landesverband im Deutschen Richterbund

Friedemann Traub
Vereinigung der Bremischen
Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter

Dr. Klaus-Dieter Schromek
Fachgruppe Richterinnen und Richter,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
in der Gewerkschaft ver.di

André Schlüter
Bund Niedersächsischer Sozialrichter

Dr. Sabine Stuth
Neue Richtervereinigung

Dr. Arne Ehlers
Bund Deutscher Finanzrichterinnen und
Finanzrichter - Landesverband Bremen

Der **Gesamtrichterrat für das Land Bremen** und der **Personalrat der Staatsanwaltschaft Bremen** schließen sich dem Aufruf der vorstehend aufgeführten Verbände und Gewerkschaften ausdrücklich an.

Dr. Arne Ehlers
Vorsitzender des Gesamtrichterrates für das Land Bremen

Antje Kück
Vorsitzende des Personalrates der Staatsanwaltschaft Bremen